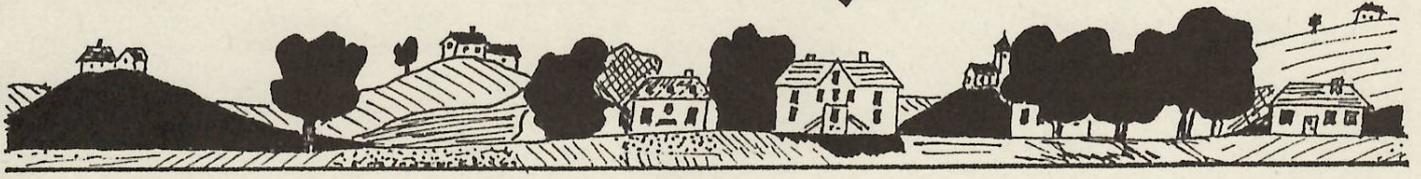


LISTE

GABLITZ

Sozial-Ökologische
Plattform



Verlagspostamt 1070

An einen Haushalt P.b.b.

Fritzi Weiss
Poststeig 3
3003 Gablitz

15.5.1992

An den
Gemeinderat der
Marktgemeinde Gablitz

Sehr geehrte Damen und Herren !

Hiermit lege ich mein Mandat als Gemeinderätin der Marktgemeinde Gablitz mit 31.5.1992 zurück.

An meinerstatt wird Hr. D.I. Gottfried Lamers 2. Mandatar der Liste Gablitz-Sozialökologische Plattform.
Zustellungsbevollmächtigter ist Hr. Arch. Kurt Horvath.

Mit freundlichen Grüßen

Fritzi Weiss

RÜCKTRITT

Mit 31. 5. 1992 bin ich als Gemeinderätin in Gablitz zurückgetreten. Das hat vor allem den Grund, daß wir von der LISTE GABLITZ einer Art von Rotationsprinzip anhängen.

Mit dem Sommerhalbjahr 1992 ist die 1. Hälfte der Funktionsperiode des Gemeinderates vorüber und damit Zeit für einen Wechsel. Schließlich sollen mehr Leute etwas davon haben. Mein Nachfolger ist Dipl. Ing. Gottfried Lamers, Kulturtechniker im Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, dem ich gleich viel Spaß und Glück wünsche. Kurt Horvath bleibt vorläufig noch im Gemeinderat.

An dieser Stelle möchte ich ein Resümee über die letzten 2 1/2 Jahre ziehen. Die Gemeindeordnung in NÖ ist eine relativ strikte und in vielen Bereichen - milde ausgedrückt - nicht sehr demokratiefreundlich. Vieles davon könnte durch Offenheit und Liberalität der Mehrheitsfraktionen ausgeglichen oder gemildert werden. Leider ist davon, besonders wenn wir einen Vergleich mit den Nachbargemeinden ziehen, in Gablitz nichts zu merken.

Die MandatarInnen der LISTE GABLITZ wurden von Anfang an absichtlich und vorsätzlich von fast allen Informationen, welche für die Gemeinderatsarbeit notwendig sind, ausgeschlossen. Z. B. keine Mitarbeit in den Ausschüssen, keine Beilagen zu den Tagesordnungen der Gemeinderatssitzungen usw. Auch die Sitzungen selbst ein, besonders anfangs, abgekartetes Spiel und Ritual der SPÖVP, gestalteten sich frustrierend.

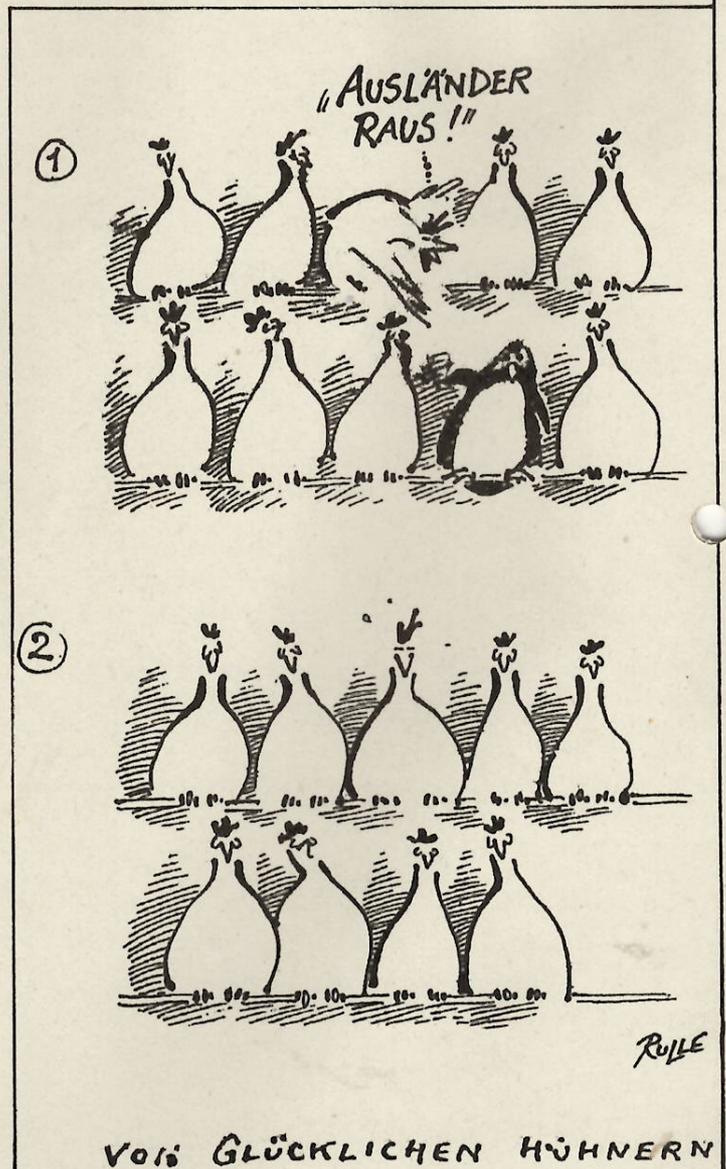
Ein Bürgermeister der im Verlaufe ihm unangenehmer Diskussionen das Wort entzieht oder gar nicht erst erteilt, zum Teil eine eklatante Unkenntnis der gesetzlichen Grundlagen (NÖ-Gemeindeordnung) aufweist und erst dann bereit ist mit uns zu reden, wenn ihm die Probleme über den Kopf wachsen und Sachthemen (Z. B. Abfallverband) die starren Fronten der Fraktionen zerbrechen, ist nicht unbedingt ein angenehmer Partner. Da fallen regelmäßig unvollständige Sitzungsprotokolle, und damit die Unmöglichkeit Diskussionen und Entscheidungsprozesse korrekt nachzuvollziehen, gar nicht mehr so ins Gewicht.

Manche der GemeinderatskollegInnen der anderen Parteien entwickelten, weil das halt so zum Spiel und dem kadavergehorsamsmäßigen Fraktionsdenken gehört, erhebliche Aggressionen gegen uns.

Einige wenige allerdings waren auch bereit ihr eigenes Hirn einzuschalten und ihre persönliche Meinung zu vertreten. Und bewiesen damit, daß eigenständiges Denken positiv und menschlich ist und keinesfalls schadet. Diesen wenigen danke ich für die Zusammenarbeit.

Insgesamt ist es aber so, daß die MandatarInnen von SPÖVP noch viel zu lernen haben, was Offenheit, demokratisches Handeln und Denken, Toleranz und Bereitschaft neue Ideen und geänderte (politische) Verhältnisse zu akzeptieren, angeht. Auch die vielzitierten Saurier sind ausgestorben, weil sie wahrscheinlich nicht flexibel und anpassungsfähig genug waren, für die neue Zeit die einstens mit ihnen gezogen ist. Neue Horizonte werden sich aber auch über Gablitz auf tun.

Fritzi



SO EIN THEATER

Die Theatergruppe "Gablitzer Gemeinderat" gab das Stück "17 Personen suchen einen roten Faden" zum Besten.

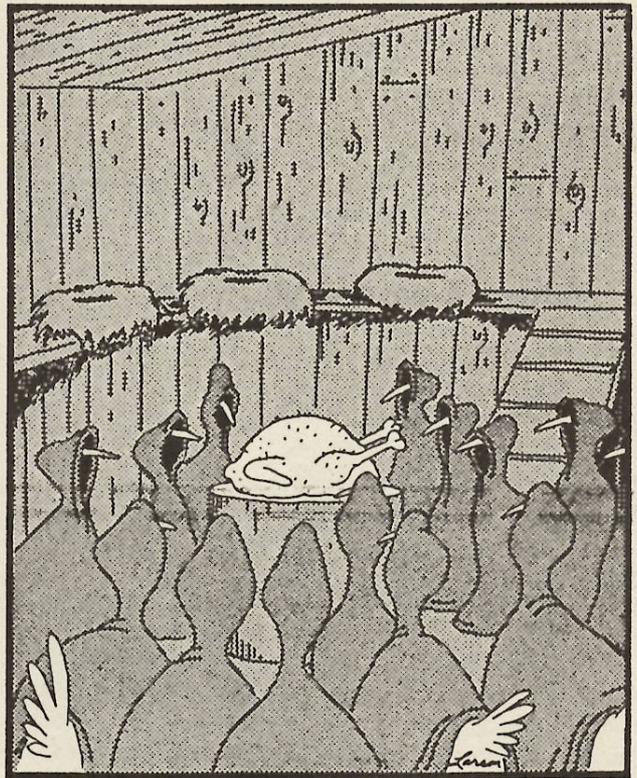
Nachdem der Hauptdarsteller (Herr Jonas) mit Hilfe einer Glocke das Schauspiel für eröffnet erklärte, kam es bereits zum ersten Zwischenfall als die LISTE GABLITZ zur Kenntnis gab, daß sie das Protokoll der letzten Sitzung nicht erhalten habe, worauf der rechts neben dem BM sitzende zweite Hauptdarsteller Herr Stadtschmitzer konterte das sei unmöglich, er habe es selbst versandt (immer diese Post). Es schien nun als seien bis dahin schlafende StatistInnen erwacht und beschlossen sogleich den Vorhang für eine 10-minütige Pause fallen zu lassen.

Zweiter Akt:

Der Vorhang hebt sich und es folgt eine eher langweilige gestaltete Passage vom Bürgermeister. Anschließend trug der Nebendarsteller Herr Hlavaty aus dem Bericht des Prüfungsausschusses vor, wobei ihm sichtlich schlecht wurde und er die Bühne verließ. Kurze Aufregung bei den SchauspielerInnen, dann übernahm ein bisher nicht aktiver Statist den Part des Herrn Hlavaty. Vorhang fällt.

Dritter Akt:

Alle Mitwirkenden befinden sich wieder auf ihren Plätzen, und man/frau beschloß nach einigem hin und her, zur Steigerung der Spannung für eine bereits installierte EDV-Anlage einen Kredit in Höhe von S 900.000,-- bei der Raika aufzunehmen. Und weil das Schulden machen so schön ist, nahm man/frau gleich weitere 8,4 Mio auf. Natürlich bei der gleichen Bank. Der Schauspieler Pessenlehner meinte zur Erklärung, schließlich habe diese Bank auch das Heimatmuseum oberhalb der Zweigstelle in Gablitz finanziell unterstützt und da müsse man/frau sich schon erkenntlich zeigen. Doch nun wurde es noch lebhafter und ein bis dahin nicht in Erscheinung getretener Darsteller namens Ecker begann erregt den Hauptdarsteller mit Fakten zu bombardieren. Es handelte sich um eine Überzahlung von S 600.000,-- beim Kanalbau (wo mögen sie wohl geblieben sein?), der Bürgermeister nervös und aus der Fassung geraten, konterte dies stimme nicht und erteilte dem kühnen Recken in einer geradezu undemokratischen Manier Sprechverbot. (Dies kam öfters vor.) Vorhang fällt.



Hühner-Kulte

Vierter Akt:

Nun versuchte ein, wie mir scheint in Aussprache und Vortrag ungeübter, Provinzdarsteller S 44.640,- für Schulmöbel zu ergattern, jedoch schien der Rest der Truppe nicht so ganz damit einverstanden und konnte sich erst nach langen Diskussionen dazu entschließen. Danach zog der jugendliche Held beleidigt von dannen.

Nun setzte man/frau eins drauf und beschloß die Erhöhung der Hortgebühren und um das Ganze abzurunden erhöhte man/frau auch noch die Gräber- und Urnenabgabe und weil es gerade so lustig war weiters den Wasseranschluß von 60 auf 70 Schilling pro Quadratmeter, den Regenwasserkanalanschluß auf 75,- und zuguterletzt kamen auch noch die Müllgebühren dran. Der Zuseher fragte sich immer mehr, was eigentlich die vielen anderen stummen DarstellerInnen auf der Bühne zu suchen hatten. Wie beispielsweise der Statist M. Cech der angeblich für Jugend zuständig ist, jedoch besser in der Rolle eines braven Schulstrebbers besetzt gewesen wäre. Oder die Damen Jelinek und Schlögel an denen, wie mir scheint, das Stück vorbeigelaufen ist.

Alles in allem eine höchstgradig peinliche Aufführung.

Mischa

IMPRESSUM: M., H., V.: Alternative Liste Niederösterreich, Hermannsg. 25/2/18, 1070 Wien

REDAKTION: Kurt Horvath, Dagmar + Gottfried Lamers, Li Reitmeier, Fritzi Weiss - Tel. 32102

Aufgabepostämter: 1150, 3300; Verlagspostamt: 1070 Wien

WIE UNSERE STRAHLENDE ZUKUNFT BEGANN

Am 2. 12. 1942 entfesselten in Chicago (Illinois, USA) einige **Zauberlehrlinge** unter Anleitung des Nobelpreisträgers (1938) Enrico Fermi (1901 - 1954) weltweit die erste Kettenreaktion durch Uranspaltung in einem Kernreaktor. Diese **denkwürdige Erfindung** ermöglichte den Bau und Einsatz der beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Durch gewissenlose Weiterentwicklung wurde daraus später die sogenannte "**friedliche Nutzung**" der Kernenergie zur weltweiten Erzeugung von elektrischem Strom. Als "Nebenprodukt" entsteht Plutonium für die Bombenindustrie.

Heute, 50 Jahre danach ist allgemein bekannt, daß diese **Möglichkeit** der Energieproduktion für alle Lebewesen auf unserem Planeten lebensbedrohend und außerdem ökonomiebudgetär unerschwinglich ist.

Jetzt steht die gesamte Menschheit, zum ersten Mal in ihrer Evolution, durch Extremtechnologie und spekulative industrielle Produktion an der apokalyptischen Schwelle ihrer Existenz.

50 Jahre **Atomic-Desaster** auf Kosten unserer Zukunft sind genug.

Kurt

Strahlenalarm

Am 25. 6. 1992 fand im Stadtsaal in Purkersdorf eine prominent besetzte Diskussion zum Thema **Strahlenalarm** statt. Organisiert wurde diese hochaktuelle Veranstaltung von der "Unabhängigen Initiative für eine atomfreie Zukunft", insbesondere von Irene Bochno. Dank gebührt aber auch BM Karl Schlögl, der nicht nur den Großteil der Kosten trug, sondern dem es auch gelang den Bundesminister für Gesundheit Dr. Michael Ausserwinkler zur Teilnahme zu bewegen.

Der Veranstaltung vorausgegangen war eine Information und Befragung von Menschen die in der Öffentlichkeit stehen und/oder für andere Personen, besonders Kinder, verantwortlich sind (KommunalpolitikerInnen, ÄrztInnen, LehrerInnen, Rettung, Feuerwehr, etc.).

Die Diskussion verlief entsprechend der Bedeutung des Themas lebhaft und interessant. Minister Dr. Ausserwinkler sah bei seinen Stellungnahmen vor allem die medizinischen Aspekte, wo er auch entsprechende Kompetenz bewies. Weit weniger sattelfest war er bei den präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung von Atomgefahren. Hier müsse man/frau (wer ?) reden, Gespräche und Verhandlungen führen, weil Österreich zu diesem Thema die moralische Kompetenz hat,... usw. Auch als der mögliche EG-Beitritt ins Gespräch kam war er eher ausweichend. Österreichs Beitrag zur internationalen Atomindustrie beläuft sich nach Aussage eines Diskussionsteilnehmers auf ca. 3 Mrd Schilling jährlich. In Form von einschlägigen Forschungsprojekten, Mitgliedschaft bei der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA), mittelbare und unmittelbare Finanzierung der Sanierung der desolaten AKWs in Osteuropa usw.

Herr Peter Stehlik vom Zivilschutzverband war stellvertretend für die NÖ-Landespolitiker anwesend. Er vertrat die eher technokratisch-pragmatischen Aspekte des Tages X. Hier standen vor allem Sirenenwarnungen, Schutzmaßnahmen, Alarmpläne, Bunker usw. im Vordergrund. Die Quintessenz: "Das Beste ist, ein Unfall passiert um Mitternacht, denn da ist das Ganze leicht

ter zu handhaben. Die meisten Leute liegen dann zu Hause im Bett und es entsteht kein Chaos."

Frau Ing. Toni Wenisch von der Gammameßstelle des Österreichischen Ökologieinstituts plädierte genauso wie Dr. Peter Weish vom Forum Österreichischer Wissenschaftler dafür, weniger Energien in präventive Schutzmaßnahmen (Bunker) zu stecken, statt dessen aber aktiv gegen den internationalen Atomwahnsinn anzukämpfen. Auch ein konsequentes Umdenken in der Energiepolitik ist dringend notwendig.

Der interessanteste Gastredner war aber July Andrejjev, der Leiter der Aufräumungsarbeiten in Tschernobyl. Er meinte, daß für Österreich ein Atomunfall an den Grenzen eine nationale Katastrophe wäre. Gerade die BewohnerInnen eines kleinen Landes in dem es keine Möglichkeit einer Evakuierung (wohin?) gibt, müssen selbst aktiv werden. Sowohl bei der Bekämpfung der atomaren Bedrohung als auch bei der Dekontamination wenn etwas passiert ist. Das Warten auf den Zivilschutz ist zuwenig.

Bei der Diskussion hat sich eindeutig herausgestellt, daß Österreich noch sehr wenig für den Fall des Falles vorbereitet ist. So verfügen z. B. die wenigsten Feuerwehren über ein Meßgerät.

Weiters wurde klar, daß durch den unverantwortlichen Drang der Bundesregierung zur EG die Eliminierung von Atomgefahren nicht mit der nötigen Konsequenz angestrebt wird.

Leider waren bei diesem wichtigen und wirklich interessanten Abend keine LehrerInnen, KindergärtnerInnen, ÄrztInnen und KommunalpolitikerInnen aus Gablitz anwesend.

Für weitere Informationen:

Anti Atom International: Schottenring, 1010 Wien, 0222/53475/208

Gammameßstelle des Österreichischen Ökologieinstituts: Währingerstraße 59 1090 Wien, 0222/4082289

NÖ-Zivilschutzverband: Bankgasse 2, 1010 Wien, 0222/53110/3176

Fritzi

SAG MIR WO DIE BÄUME SIND



Das Panorama eines Dorfes wird unter anderem durch dessen alte Bäume geprägt.

Was geschah in Gablitz?

Am Kirchenberg, einem dominanten Orientierungspunkt des Dorfes, fielen vis-a-vis des Gotteshauses einige alte Baumriesen einer fragwürdigen und häßlichen Stützmauer zum Opfer.

Das Kloster fällte, sicher auch aus Sicherheitsgründen, die schönen alten Fichten beim Kindergarten. Die alten Kastanien beim ehemaligen "Schwarzen Adler" waren die ersten Opfer der "Sanierung" unserer Dorfruine.

In der neugestalteten Dorfstraße mußte ein Bäumchen schon zweimal neu gepflanzt werden, weil ein irrer Baumörder ihm den Garau machte.

Nicht zu vergessen die 50-jährigen Lärchen im neuen Kindergarten.

Und der "Baumschnitt" - so nennt man/frau das wohl - gibt vielen anderen den Rest. Ein besonders abschreckendes Beispiel dafür ist der Gablitzerhof. Durch falschen Schnitt sterben zur Zeit auch gerade einige alte Bäume an der B 1 und an der Hauersteigstraße langsam vor sich hin.

Bäume sind Freunde. Sie produzieren Sauerstoff, filtern Staub und Schadstoffe aus unserer verpesteten Luft, sie schenken uns Schatten und verhindern die Bodenerosion.

Jetzt brauchen sie unsere Hilfe, die eigentlich nur reiner Selbstzweck ist, und gehe es nur darum einem Obstbaum einen Platz in Ihrem Garten einzuräumen.

Tintifax

PS.: Die beste Pflanzzeit ist der Herbst, aber daran denken sollten Sie schon jetzt!

LOB



1. Ein "stilles Wasser" unter unseren Gemeinderäten hat sich als tiefgründig entpuppt. GR Kral ist bisher bei den Gemeinderatssitzungen nicht aufgefallen. Aufgetaut ist er aber beim Thema Kompostierung und Abfallverband. Hier hat er, ganz im Gegensatz zu seinem technokratischen Fraktionskollegen GGR Jursik, praktische Kompetenz, wirtschaftliches Denken und Sachverstand bewiesen.

2. Ein dickes Lob für unsere Ampel beim Gemeindeamt. Es ist von Scheibbs bis Nebraska die flotteste Schaltung von Rot auf Grün. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit, besonders für die Kinder.

Fritzi

NEGATIV

Nicht sehr "sozialdemokratisch" haben bei der Abstimmung über die neuen Hortgebühren GR Jelinek und GR LA i. R. Krenn agiert. Diese beiden stimmten, im Gegensatz zum Rest der SPÖ Fraktion, für ungestaffelte Hortgebühren von S 750,--. Die LISTE GABLITZ hatte für eine Staffelung der Kosten nach dem Einkommen der Eltern plädiert, um Mehrkinder- und finanziell nicht so gut "gepolsterte" Familien weniger zu belasten.

Fritzi

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 14. 5. 1992

Tagesordnung

1. Feststellung der Beschlußfähigkeit und der Tagesordnung

Entschuldigt: VBM Neumayer (SPÖ), GGR Jursik, GR Nemeč (ÖVP), GR Musil (Musil)

Dringlichkeitsanträge der LISTE GABLITZ

1. Ozonwarnplan

Unvermeidlich wie der Sommer, blüht uns auch dieses Jahr wieder das berühmt-berüchtigte Ozon. "Bodennahes" Ozon ist leider gar nicht so bodennah wie der Name sagt. Die größte Konzentration dieses Giftes mißt man/frau ca 200 m über dem Entstehungsgebiet. Daher ist das Umland einer Stadt wie Wien auch besonders den Wirkungen des Ozons ausgesetzt. Nachdem es also Gablitz ganz besonders betrifft, forderte die LiGa, wie auch schon letzten Sommer einen Ozonwarnplan für unser Gebiet. Und wie letztes Mal wies der Bürgermeister den Antrag dem Umweltausschuß zu. Dort wird der Antrag wie schon bisher den Sommer durchtauchen. Und nächstes Jahr beginnt alles wieder von vorn.

Abstimmung: 17 Pro - 0 Contra - 0 Enthaltung, zugewiesen

2. Altlasten

Nicht, daß der LiGa nichts Neues mehr einfiele, aber es gibt Dinge, die man/frau ständig wiederholen muß. So auch die Forderung, daß endlich sämtliche alte Deponien in Gablitz unter Mitwirkung der Bevölkerung kartiert werden. Auch dieser Antrag landete wieder beim Umweltausschuß.

Abstimmung: 17 - 0 - 0, zugewiesen

3. Solarzuschuß

Wie zahlreiche andere Gemeinden auch, sollte Gablitz den Einbau von privaten Solaranlagen fördern. 10 % Investitionskostenzuschuß bei Anschaffung einer Solaranlage wäre ein Anreiz ohne das Gemeindebudget zu sprengen. Dieser Antrag wurde dem Finanzausschuß zugewiesen.

Abstimmung: 17 - 0 - 0, zugewiesen

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. März 1992

Da die LISTE GABLITZ das Protokoll nicht erhalten hat, gab es eine 10 minütige Sitzungsunterbrechung.

Abstimmung: 17 - 0 - 0, genehmigt

3. Bericht des Bürgermeisters

1. Der neue Bebauungsplan liegt auf und soll jetzt mehrere Jahre lang halten. Vom 1. 6. bis 24. 7. haben alle BürgerInnen die Möglichkeit "Erinnerungen" dazu abzugeben.

Tun Sie's! Der Gemeinderat muß sich damit befassen.

2. In der letzten Sitzung wurden 3 Arbeitsgruppen eingerichtet. Der Bürgermeister bedankte sich für die Mitarbeit und verschob die Entscheidung über den Müllverband auf den Herbst.

3. Zum Abriß des Aignerhauses berichtete der Bürgermeister, daß die Planung fertig sei und die "Revitalisierung" beginnen könne. Allerdings wäre alles viel teurer geworden. Die beiden Wohnungen warten also jetzt auf KäuferInnen mit sehr viel Geld.



4. Am 12. 6. präsentiert sich das Gablitzer Bildungswerk in der Festhalle.

Wer also sehen will, ob die Großmutter tatsächlich fehlerfrei französisch parlieren kann, soll hinkommen.

4. Bericht des Prüfungsausschusses

GR Hlavaty präsentierte den endlich erstellten Vermögensnachweis der Gemeinde.

Nach heftigen Handzeichen von GR Ecker (SPÖ) erteilte ihm der BM das Wort, nicht ohne ihn daran zu erinnern, daß es bei diesem Punkt eigentlich keine Wortmeldung vorgesehen sei. Als Ecker ihn in Bedrängnis brachte, indem er fragte wie der Bürgermeister eine Kostenerhöhung von S 600.000,- für ein pauschal vergebenes Kanalbaustück verantworten könnte, schnitt er ihm einfach das Wort ab. Da half auch kein Flehen an Frau Weiss, sie solle sich das anschauen, mehr. Das Thema wurde einfach abgewürgt.

6. Darlehensaufnahme

GGR Ehrengrubner wollte unbedingt zwei Dahrlehensaufnahmen durchdrücken. Dabei hat er aber offenbar ein bißchen geschludert. In der Gegenüberstellung von verschiedenen Banken und Leasingvarianten stellte er Äpfel und Birnen gegenüber. Natürlich kam man/frau ihm drauf. GR Weiss (LiGa) stellte den Gegenantrag, bis zum nächsten Mal eine ordentliche Auflistung zu bringen. GGR Ehrengrubner entschuldigte sich für den Irrtum und forderte eine Sitzungsunterbrechung. Danach konnte er beweisen, daß der Kredit der Raika mit einer Rückzahlungssumme von S 1.108.999,- für die EDV-Anlage die günstigste Variante sei. Aufgrund der korrekten Aufstellung wurde zwar der Gegenantrag von der LISTE GABLITZ zurückgezogen, dem Antrag konnte sie aber nicht zustimmen.

Abstimmung: 15 - 0 - 2, angenommen

Der zweite Kredit in der Höhe von S 8,4 Mio sollte dem Straßenbau zugute kommen. Hier waren die Angebote vergleichbar und wieder die Raika mit 8,625 % der Bestbieter. Da GR Ecker wieder einmal nichts über das tatsächliche Bauvolumen erfuhr, stimmte er auch nicht zu.

Abstimmung: 14 - 2 (Weiss, Ecker) - 1 (Horvath), angenommen

7. Ferdinand Etner Volksschule - Schulmöbelankauf

Der inzwischen wegen seines Arbeitspensum schon berüchtigte GGR De Bettin brachte diesen Antrag zur Abstimmung. Und er schaffte es wieder, daß die SPÖVP nicht sein Anliegen sondern seine Arbeitsweise diskutierte. Er wollte nämlich außer den mit der ÖVP abgesprochenen 40 Sesseln um S 44.640,- noch 10 Tische um S 39.600,- ankaufen. Daß diese aber im Budget nicht gedeckt waren, war halt ein kleiner Schönheitsfehler. Überhaupt scheint der gute Mann unter gewissen Kommunikationsschwierigkeiten zu leiden. Dies warf ihm zumindest die ÖVP vor. Wenn man/frau bedenkt, daß im vorigen Tagesordnungspunkt mit Millionen recht leicht herumgeschupft wurde, so war diese Diskussion, was den konkreten Anlaß betraf, beschämend (GR Weiss). Dies empfanden schließlich alle und der Kauf der Tische wurde, vorbehaltlich der Bedeckung im Budget, angenommen.

Abstimmung: 17 - 0 - 0, angenommen

8. Gebührenanpassungen

Bevor er alle "Anpassungen" im Detail vorstellte, sprach GGR Ehrengrubner noch ein bißchen vom Budget. Er bezeichnete sich dabei selbst als lernfähig und daher das Budget nicht mehr als "gesund".

a) Hortgebühren: Diese Gebühr sollte von S 450,-/Monat auf S 750,- steigen. Frau Weiss stellte den Zusatzantrag, eine soziale Staffelung einzuführen. Dieser Zusatz verwirrte vor allem die ehemals sozialistische Partei. Während GR Hlavaty und GR Kamauf diesen Vorschlag unterstützten, war GGR De Bettin dagegen. Die Abstimmung war daher auch ungewöhnlich spannend und außergewöhnlich. Letztlich bekam doch noch der ursprüngliche Antrag die Mehrheit.

Abstimmung: 11 - 3 - 3, angenommen

b) Friedhofsgebühr: Der für das Personal zuständige VEM Pessenlehner begründete die Erhöhung damit, daß das händische Graben unzumutbar sei. Außerdem sei es bei uns sowieso viel zu billig. Die ganzen WienerInnen kommen hierher um sich eingraben zu lassen.

Abstimmung: 17 - 0 - 0, angenommen

c) Wasseranschlußabgabe: Diese Abgabe bei Neuanschluß wird von S 60,-/Monat auf S 70,- angehoben. GR Weiss (LiGa) forderte erst eine Minimierung der Wasserverluste bevor eine Erhöhung kommt.

Abstimmung: 16 - 0 - 1 (Weiss), angenommen

d) Regenwasserkanalanschluß: Auch der wird teurer.

Abstimmung: 17 - 0 - 0, angenommen

e) Aufschließungsbeiträge: Nach einer Erhöhung 1990 wurden jetzt diese Beiträge wieder erhöht. Von S 4.300,- auf S 4.940,- pro m². Auch wenn das nur mehr wenige Parzellen in Gablitz betrifft, die Zersiedelung bremst es nicht ein.

Abstimmung: 15 - 1 (Ecker) - 1 (De Bettin), angenommen

f) Müllgebühren: Da diese nicht kostendeckend sind werden sie von S 700,- auf S 1.100,- pro Haushalt steigen. Darin enthalten sollen auch ein Häckseldienst, die Entsorgung von Kühlschränken und ein Pilotversuch mit der Biotonne sein. Dies ist aber alles noch in sehr vager Planung - also eigentlich keine echte Begründung. Außerdem wird über kurz oder lang eine weitere Erhöhung folgen, da das NÖ-Abfallwirtschaftsgesetz seine Verwirklichung fordert. Die flächendeckende Entsorgung mit Biotonne und eventuell auch Altpapiertonne wird sicher etwas kosten. Daher wäre eine eingehendere Planung notwendig gewesen, und nächstes Jahr hätte man/frau dann konkrete Zahlen vorweisen können (GR Weiss).

Abstimmung: 16 - 1 (Ecker) - 0, angenommen

Nach der folgenden Sitzungsunterbrechung fehlte GGR De Bettin. Er war scheinbar nach dem TOP 7 noch immer beleidigt. Der Tagesordnungspunkt 5 war wegen der Chronologie nach hinten gereiht worden. Innerhin mußten die beschlossenen Gebühren"anpassungen" im Nachtragsvoranschlag berücksichtigt werden.

5. Nachtragsvoranschlag

Auch GGR Ehrengreuber gab zu, daß dieser dieses Jahr schon recht zeitig kam. Normalerweise kommt er erst im Dezember.

Abstimmung: 15 - 0 - 1 (Weiss), angenommen

9. Öffentliche Beleuchtung - Beauftragung

Der Herr Dipl. Ing. Fischer wird für die Bauaufsicht bei Errichtung aller öffentlichen Beleuchtungen in den nächsten Jahren 11,492 % der Auftragssumme bekommen. Schön das zu wissen, nicht?

Abstimmung: 14 - 0 - 2 (LiGa), angenommen

10. NÖ Tourismusgesetz - Interessentenbeiträge - Verordnungsanpassung

So ein ähnlicher Beschluß wurde schon einmal gefaßt, nur hat man/frau vergessen auch die PrivatzimmervermieterInnen einzubeziehen. Dies wurde hiermit ausgebessert.

Abstimmung: 16 - 0 - 0, angenommen

11. Hundeabrichteplatz - Pachtvertrag

Der Vertrag mit dem Hundeabrichteverein war fertig und ein Sparbuch mit S 46.000,-- bei der Gemeinde deponiert. Im Vertrag wurde dieses aber nicht erwähnt. Warum? "Weil das nicht in den Vertrag gehört", wie GR Krenn Frau Weiss belehrte. Allerdings stiegen dann auch bei ihm Zweifel auf und er bestand auf den Zusatz, daß der Vertrag erst gültig werde wenn die Forderungen der Österreichischen Bundesforste erfüllt wären. Also doch!

Abstimmung: 14 - 0 - 2, angenommen

12. Verordnung zum Flächenwidmungsplan

Der Flächenwidmungsplan liegt wieder zur Einsicht und Stellungnahme der Bevölkerung auf. Also hingehen und anschauen!

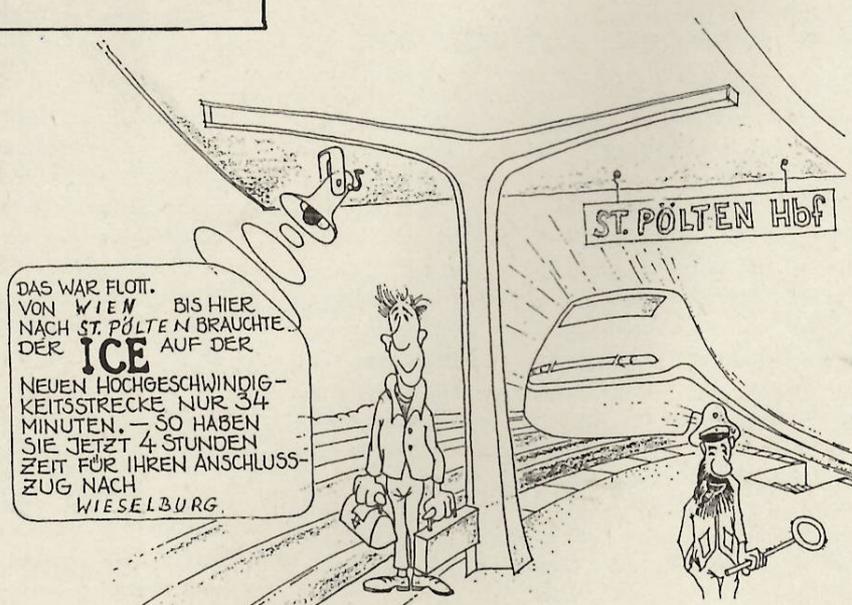
Abstimmung: 16 - 0 - 0, angenommen

(B)AHNSINN !!

In einer großen und aufwendig gestalteten Bürgerversammlung durfte uns die Hochleistungs AG die geplante Bahntrasse vorstellen. Die Westbahnstrecke soll in Zukunft nicht mehr **durch** Purkersdorf, sondern **unter** Gablitz (zwischen Gablitz und Mauerbach) geführt werden. Die massenweise aufgefahrenen TechnikerInnen versuchten alle Zweifel der GablitzerInnen zu zerstreuen. Es hatte auch den Anschein, daß dies großteils gelang.

In der LISTE GABLITZ - Sozial Ökologische Plattform gibt es verschiedene Meinungen zu diesem Projekt. Da scheinbar keine gravierenden Nachteile für Gablitz zu befürchten sind und außerdem noch einige Jahre bis zur definitiven Entscheidung vergehen werden, wäre die Neue Bahn für uns jetzt kein Thema. Aber wir fühlen uns verpflichtet, den Horizont nicht am Riederberg enden zu lassen. Denn dahinter beginnen die Probleme. Wer nach Tulln fährt, weiß was ich meine. Die BewohnerInnen des Tullnerfeldes bedrücken existenzielle Ängste. Die "paar alten Häuser" und die Felder werden von der Bahn niedergewalzt. Ob dies alles einem "höheren Ziel" dient oder ob die BewohnerInnen von Purkersdorf tatsächlich entlastet werden, wollen wir nicht beurteilen. Aber wir lassen gerne jene zu Wort kommen, die gegen die "Neue Bahn", ihre Politikern und deren Finanzkraft denkbar wenig Möglichkeiten haben. Deshalb finden Sie in unserer Zeitung diesmal drei Seiten der Initiative Tullnerfeld.

Gottfried



Die Neue Bahn .

*Heiliger Florian beschütze mich und meinen Clan und schicke **meinem Nachbar** doch die Bahn.*

Treu diesem etwas abgewandelten Segensspruch verhalten sich unsere politischen Vertreter, hier sind besonders **Herr Bürgermeister und NR Schlögl** und **Herr SPÖ-Obmann E.Höger** zu nennen und deren **Gefolgsleute**. Sie fühlen sich verpflichtet, den West-Ost-Transit durch Österreich zu führen.

Um jeden Preis ? Schaut so aus.

Wir hingegen, die echt **Betroffenen** verstehen nicht, **warum ?** Als Rechtfertigung für diese Zwangsmaßnahme sind den Initiatoren alle Argumente, aber wirklich alle, recht..

Rechtens sind sie nicht.

Demokratisch und bürgergerecht schon gar nicht. Und wirtschaftlich. auch nicht. Zumindest nicht in der Form , wie die ÖBB oder schlauerweise deren Erfüllungsgehilfe, die HL-AG, plant.

Es ist ganz klar, daß dem stressgeplagten Staatsbürger hier ein Brei , ein Eintopf ,serviert wird, an dem einige inkompetente , profilierungsgeile Akteure oder profitgierige (nichts gegen Profit, aber nicht auf dem Buckel der ohnedies bereits im Übermaß ausgepreßten Bevölkerung) Spekulanten offen oder, meistens verdeckt, rühren. Löffeln sollen ihn natürlich die anderen.

Als Zutaten werden ein bißchen Umweltschutz, ein Gewürz namens Verkehrskonzept, eine Brise .Arbeitsplätze, feindosiert Lärmschutz, Gewässerschutz und Landschaftsschutz und als Aufguß, kräftig, versteht sich, und die **alles überdeckende EG-Tunke** zugewossen.

Und nun brav und schnell gelöffelt. Bevor es sauer wird.

Nur ,gewitzt durch wiederholt schlechte Erfahrung mit sauren Soßen, wollen die Eingeladenen nicht löffeln. Warum nur ? Aus den nachfolgenden Zitaten verschiedener Medien werden Sie , sehr verehrter Leser, sich selbst ein Bild gestalten können. Die Idee der HL-Bahn ist keine österreichische Erfindung. Seit etlichen Jahren gibt es HL-Strecken in Europa und Übersee. Wirtschaftlich sind sie alle nicht.

Beispiel Japan.

Mit radikalen Methoden wurde dort in einem der dichtbesiedeltsten hochindustrialisiertesten Gebiet eine Hochleistungsbahn gebaut. Laut " **Die ganze Woche**", **Nr.20,14.5.92:Personalstand 1986 277.020, Privatisierung 1987, Personalstand 200.650. Personalstand 1990 2.507. Für 1992 ist der Börsengang vorgesehen, um den Schuldenberg abzutragen.**

Gefällt Ihnen das, meine Damen und Herren Politiker und Entscheidungsträger der ÖBB?

Kostenmäßig steht sich auch Europa nicht besser. **Österreichischer Rundfunk,Ö 1, Morgenjournal vom .30.4.92.**Aus dem Gedächtnisprotokoll : Es sind mehrstellige 3 !!!-stellige Milliardenbeträge aufzuwenden..Private Financiers sind nur interessiert, wenn Bürgerinitiativen unterdrückt werden.

Kann Österreich, ein Land mit Billionenschulden, diese und andere Ausgaben sich überhaupt noch leisten. Oder ist der inflationäre Zugriff auf unser sauer Ersparnes schon inbegriffen ?Wird vielleicht schon unser Privatvermögen indirekt verpfändet ?. Vielleicht mit noch höheren direkten und indirekten Steuern und Abgaben ? Oder vielleicht durch einen ECU-Währungsausgleich ?.

Wenn hoch gespielt werden soll , dann ist der Einsatz hoch. Der Verlust wird es auch sein. Aber nicht zu Lasten der österreichischen Bevölkerung.

Verkehrszählungen auf den Wiener Einfallstraßen haben ergeben , daß ein hoher Anteil von Wienpendlern, fast müßte man es so verstehen, tagtäglich Wien belästigt. Bei den Verkehrszählungen dürfen aber die in Wien gemeldeten Zweitwohnsitzler und Sommerhäusler nicht vergessen werden. Diese stellen den größeren Anteil an der Autoflut. **Nur durch eine Hochleistungsbahn wird dieses Problem sicher nicht gelöst werden.**

Ein Beispiel: **Kurier, D.Holzweber, Brüssel:**

-..... und auf den Strecken von Wien in Richtung Osteuropa rattern die Züge nicht schneller als 120 KM/h. **Heinz Dürr, Deutsche Bundesbahn:** Unter diesen Prämissen erscheint uns eine Verlängerung des ICE von München nach Wien derzeit **nicht sehr sinnvoll.**-

Im Gegenteil. Es wird der Individualverkehr nochmals ansteigen. Und einfach deshalb , weil die Mobilität der Bevölkerung mehr denn je, bei steigender und durch den **EG-Beitritt** zusätzlich befürchteter höherer Arbeitslosigkeit, für jeden Einzelnen zukünftig eine Existenzfrage sein wird. Die Hochleistungsbahn wird Ihnen da nicht helfen können. Hiezu **Kurier, Wirtschaftsteil**, Interview mit Herrn Ing. Mag. Dr.W.Laki:

-Der blinde Glaube vieler Politiker , ein Beitritt Östereichs zur EG wäre der beste Garant für die längst notwendige Strukturbereinigung und für künftigen Wohlstand, könnte sich sehr rasch als Trugschluß erweisen, denn sie könnten sehr schnell neben der wirtschaftspolitischen auch einen Großteil der politischen Kompetenz verlieren.- (Ein kluger Realist)

In diesem Beitrag steht noch mehr . Leider nichts Erfreuliches.

Nicht gilt das natürlich für geschützte Arbeitsplätze. Und wo gibts die? Nicht neidisch sein. Im öffentlichen Dienst natürlich .Bei der **Bundesbahn** zum Beispiel. Bei der Bahn , die vielleicht durch Ihren ehemaligen Vorgarten donnert, oder unter ihrem rissigen Häuschen durchvibriert, irgendwelche zweifelhafte Fracht von einem Ende Europas ans andere Ende und wieder zurück führt, vielleicht nicht einmal mehr von einem österreichischen Staatsbürger gelenkt.

Und nun zur rollenden Landstraße.

Wenn Sie sich die Mühe machen und Motorfachzeitschriften lesen, dann ist die Entwicklung klar. Die Bahn wird aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten niemals die Rasanzen der technologischen Entwicklung wie der KFZ-Sektor mitmachen können. Nur ein verschwindend geringer Teil kann in den gegenwärtigen Wirtschaftssystem mit öffentlichen Verkehrsmitteln transportiert werden. Nicht einmal die ÖBB glaubt das . Z.Bsp. ÖBB - "Von Haus zu Haus."Besonders aufschlußreich: **Ö1, Abendjournal, v. 12.5.92, sinngemäß:**

-Laut Aussage eines Vertreters der Fuhrunternehmer sei Wolfurt,Vorarlberg,(Verladebahnhof) für die rollende Landstraße nicht mehr interessant.Trotz sehr hoher Investitionskosten.-

Zusätzliche Transporter befahren die Straßen. Jede Firma besitzt in ihrem Fuhrpark bereits ein oder mehrere Lastfahrzeuge. Und trotzdem transportiert die Bahn. Und die Post. Und ist der Frachttransport auf der Straße ein vielfaches von dem auf der Schiene.. Und wie sich der LKW-Fracht und Personenverkehr organisiert ?

Einige Informationen hiezu.:

Kurier, Spezial, 15.4.1992: -Der Weg aus dem Verkehrsstau dank neuem Flottenmanagement durch Satellitensteuerung der LKW-Flotten.-

Ist da die zukünftige Bahn noch konkurrenzfähig ?

Kurier, v. 14.5.1992: Privatkapital statt außerbudgetäre Finanzierung. - Ähnlich wie bei der Maut auf Autobahnen oder Schnellstraßen müßte bei der privaten Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungstrecken dann auch der Betreiber ÖBB ein bestimmtes Benutzungsentgelt je Zugfahrt bezahlen. -

Na fein !

Kurier, 23.4.1992, Ost-Eier, 2.Teil.:

Weithin unbekannt ist auch die Tatsache, daß die Staatsbahn der CSFR für ausländische Waren einen Tarif einhebt, der fünfmal höher ist als der für tschechische Güter.-

Oder

Kurier, 9.4.92:

Ohne entscheidende Änderung ist die Deutsche Bundesbahn bis 1994 bankrott.-

Lärm macht krank.

Dies ist durch viele Experimente bewiesen. Die Anrainer an Frachtbahnhöfen, und Bahnstrecken wissen darüber genau Bescheid. Nur die Bahnanlagen gibt es seit über einem Jahrhundert. **Bis jetzt hat die ÖBB fast nichts unternommen um die Betroffenen zu schützen. Die bestehenden Bahnlinien müssen vor Inangriffnahme eines Monsterprojektes menschengerechter saniert werden.**

Meine Damen und Herren !

Die Vorgangsweise bei diesem gigantischen Projekt, das unter Umständen die ÖBB verschlingt, zeugt von fröhlicher Inkompetenz, politischer Instinktlosigkeit und staatsbürgerlicher Verantwortungslosigkeit.

Heute ist es in unserer Region die Transit-Bahn.

Morgen der nächste Autobahnast.

Übermorgen die voll schiffbare Donau.

Und in naher Zukunft Flugschneisen für 12 000 000 Flugpassagiere und unbekannte Frachttransporte.

Um unseren Lebensraum zu sichern werden Bürgerinitiativen gegründet.

Nicht um Politiker zu ärgern. Diese von uns gewählten Frauen und Männer fordern wir auf uns wie es ihre Pflicht ist zu helfen. Und unsere Interessen zu wahren, und nicht die einer bevölkerungsfeindlich eingestellten Lobby.

Die Bürgerinitiativen werden aus dem Privatbörse jedes einzelnen der Akteure finanziert.

Auch für Sie !

Bitte helfen Sie uns mit einem kleinen Betrag zu unserer aller Nutzen , um wenigstens gegen den massiven Werbeaufwand eine kleine Chance zu wahren. Jeder Schilling wird sich lohnen. Unsere

Kontonummer.....20.016,RaiffeisenbankTraismauer..Übrigens laden wir Sie herzlich ein, Mitglied bei dem Verein

Bürgerinitiative – Perschlingtal– Tullnerfeld, 3142 Perschling, Kontaktadresse Mag.Peter Nussbaumer, 3142 Perschling zu werden.

Das Solidaritätskomitee Gablitz unterstützt die Interessen der Bürgerinitiative –Perschlingtal–Tullnerfeld.

Das Solidaritätskomitee tritt dafür ein, daß bei jedem Projekt unsere Lebensqualität und unser Lebensraum verbessert und nicht rücksichtslos verschlechtert wird.Kostenlose Informationen fordern Sie bitte über .

Solidaritätskomitee Gablitz,3003Gablitz,postlagernd

an .

Ihre Meinung zählt ! Bitte fordern Sie weitere Informationen an.



Die vermutliche Trassenführung der Hochleistungseisenbahn im Bereich Gablitz/Mauerbach mit ungewissem Planungs- und Ausführungsspielraum

GEDANKEN ÜBER EG-BEITRITT ÖSTERREICHS UND DEN BINNENMARKT

Das politische Ziel "Anschluß an die EG" scheint schon festzustehen, wobei grundsätzliche Fragen nach politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer Anbindung Österreichs an die EG nie gestellt wurden und auch nicht mehr gestellt werden. Dabei liegt die Hoffnung zugrunde, daß die Vorteile eines EG-Anschlusses gegenüber den Nachteilen überwiegen. Auch über alternative Möglichkeiten des Verhältnisses Österreichs zur EG wird nicht nachgedacht, wobei z. B. die Einflußnahme eines neutralen Staates Österreichs außerhalb der EG, eine größere sein könnte (siehe Transitabkommen), denn als kleines Anhängsel innerhalb der EG.

Unsere Regierung sieht wohl im Binnenmarkt die Chance eine "Austrosklerose" zu überwinden, an der vor allem die subventionierte Verstaatlichte leidet. Der sicherste und einfachste Zwang die Subvention einstellen zu können bzw. zu müssen und damit tausende Arbeiter und Angestellte auf die Straße zu setzen, geht von einem Vollbeitritt aus. Wir müssen uns dann der "höheren Gewalt" bzw. den "höheren Verpflichtungen" fügen. Eine selbständige Lösung dieses Problems wäre sicherlich nicht sehr wählerstimmenfördernd und nach einem Beitritt kann dann die politische Verantwortung einfach auf die EG-Kommission in Brüssel abgeschoben werden!

Wegen der kapitalorientierten Kräfteverhältnisse innerhalb der EG ist auch leicht erklärbar, daß das österreichische exportorientierte Monopolkapital der hier tätigen multinationalen Konzerne, zur EG drängt. Eine der Hauptinitiatoren, die VÖI (Vereinigung österreichischer Industrieller), in deren Händen das Hauptkapital liegt, kooperiert bei der Planung und Durchsetzung des angestrebten EG-Beitritts sehr eng mit der UNICE (Union der Europäischen Industrie). Die VÖI ist übrigens seit 1985 Vollmitglied der UNICE!! Die UNICE hält jährlich an die 300 Sitzungen ab und verfügt über 40 ständige Ausschüsse zu verschiedenen wirtschafts- und ordnungspolitischen Fragen. Die Einflußnahme dieses europäischen Verbandes auf die EG-Kommission (derzeit 17 Kommissare) - ohne deren Rechtsnormen keinerlei Entscheidungsprozeß stattfinden kann - erfolgt in der Phase der Entscheidungsvorbereitung, sowie in der offiziellen und inoffiziellen Konsultationsphase, da die Kommission auf detaillierte, unternehmensbezogene und wirtschaftliche Information angewiesen ist. Die Ausschusssarbeiten der UNICE erhalten damit, durch die intensiven Kontakte mit allen relevanten Kommissaren und deren Dienststellen, eine Vielfalt von Einflußmöglichkeiten. Dies führt dazu, daß sich bereits in den Entwürfen der Kommission die Interessen der europäischen Monopolkapitalwirtschaft durchsetzen und gegensätzliche Ansätze von vornherein abgewürgt werden!

Die Einbeziehung alternativer Gremien, z. B. des EGB (Europäischen Gewerkschaftsbundes) hängt vom "Wohlwollen" der Kommissare ab und ist nicht bindend; die meisten Dokumente werden von der Kommission an den Rat weitergeleitet, ohne daß eine Stellungnahme einer Gewerkschaft möglich ist.

Hieraus ist erkennbar, daß die EG eine nahezu unkontrollierte Monopolmacht besitzt.

Der politische Mechanismus der EG ist ein komplexes Zusammenwirken von Organen mit Staatsfunktionen und Lobbyverbänden und bewirkt damit einen Ausschluß von Gewerkschafts-, Umwelt- und Verbraucherinteressen!!

Dieses auf Monopole reduzierte Herrschaftssystem ohne jegliche demokratische Kontrolle und Legitimation zielt auf eine wirtschaftliche, politische und militärische Monopolstellung hin, ohne Rücksicht auf den arbeitenden Menschen und die Umwelt.

Arbeitslosigkeit im EG-Raum 11,3 %, 1 Million Obdachlose (für die Bekämpfung der Armut wurde für 4 Jahre vom EG-Rat für jeden Armen S 3,50 bewilligt!), 55 Millionen leben unter der Armutsgrenze!!

Im Binnenmarkt der EG werden folgende vier Freiheiten angestrebt:

*** Vollkommene Freiheit des Güterverkehrs:**

Jegliche Beschränkung durch nationale Gesetze oder Verordnungen (z. B. Transitabkommen) kämen sofort vor den europäischen Gerichtshof und können durch das Argument "Handelshemmnis" aufgehoben werden.

*** Völlige Freiheit des Dienstleistungsverkehrs:**

Hier sollen Versicherungsgesellschaften, Banker, Baugewerbe usw. überall frei agieren können. Es gäbe somit auch keine direkte Möglichkeit öffentliche Aufträge an österreichische Firmen zu vergeben, da diese europaweit ausgeschrieben werden müssen - eine ausländische Firma könnte dann den Auftrag erhalten.

*** Völlige Freiheit des Kapitalverkehrs:**

Multinationale Konzerne sind ohne jegliche Beschränkung in der Lage ihr Kapital überall hinzuverschieben. Dies bewirkt eine starke wirtschaftliche Instabilität.

*** Vollkommene Freiheit des Personenverkehrs:**

An der Arbeitskräftewanderung sind vor allem wieder die multinationalen Konzerne interessiert, da dann billigere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Werden diese "Freiheiten" näher untersucht, ist erkennbar, daß die gesamte Binnenmarktangelegenheit fast ausschließlich transnationale Konzerne interessiert. Sie erhalten damit die freie Dispositionsfähigkeit über Grenzen hinweg. Das Recht der EG durch die Erlassung von Verordnungen in die Gesetzgebung

Holländische Zucchini! Holländische Zucchini! Sehen aus wie Bananen! Schmecken wie Tomaten! Sind aber Kohlrabi!



der einzelnen Mitgliedstaaten einzugreifen, stellt einen großen Souveränitätsverlust dar! Außerdem wird aus der "immerwährenden Neutralität" Österreichs aufgrund der militärischen Bestrebungen der EG eine "FESTUNG EUROPA" aufzubauen und der Weisungsungebundenheit Österreichs gegenüber der EG, eine "immerwährende Abhängigkeit". Eine demokratisch erarbeitete Angelegenheit gibt es nicht mehr, denn die Kommission in Brüssel entscheidet dann über alles. Mühsam erkämpfte demokratische Errungenschaften sowie bessere umweltpolitische Normen werden einfach vom Tisch gewischt und müssen als "Handelshemmnis" abgebaut werden.

Jährliche Kosten eines EG-Beitritts Österreichs:
(Berechnung des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wifo)

Im Jahr 1989 hätte Österreich ca 26,136 Milliarden Schilling an die EG zahlen müssen.

Aus der EG wird Österreich - allerdings zweckgebunden und daher nicht frei verfügbar - Kapital wieder herausbekommen. In jedem Fall aber **viel weniger** als wir einzahlen; wir sind ja sogenannte "Nettozahler"

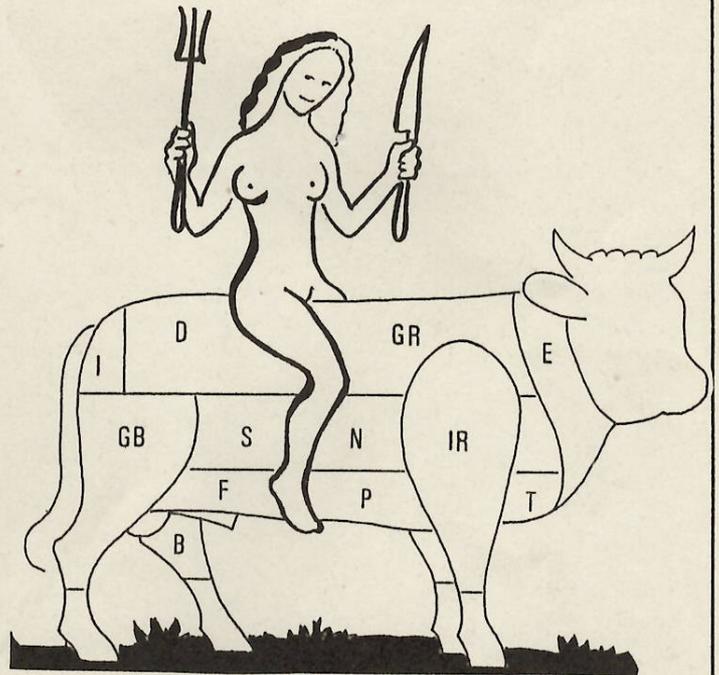
Am Beispiel der Estremadura (im Westen Spaniens) ist dann auch erkennbar, wie diese Gelder Verwendung finden. Intakte Naturlandschaften und einmalige Biotope werden mit großem Aufwand und riesigen Planierarbeiten vernichtet und zu Monokulturen umgewandelt.

Ein weiterer Punkt ist, daß Österreich gleichzeitig EURATOM beitreten muß. Der Antrag dazu wurde schon vor Jahren gestellt! Das bedeutet, daß wir zur Schaffung einer Kernkraftindustrie verpflichtet werden oder diese zumindest mitfinanzieren müssen. So beträgt die Energieförderung der EG zwischen 1990 und 1994 11,6 Milliarden Schilling. Davon gehen aber nur 19 % in die Erforschung von alternativen Energieformen. Der Rest fließt in die Kernfusion (6,6 Mrd.) und die Kernspaltung (2,8 Mrd.).

Karl Haas

Literatur:

- * Wir und Europa 1/2/3 (Renner Institut)
- * EWR-ABC (Bundeskanzleramt)
- * Österreich und die EG, Heft 120, (Pädagogisches Institut des Bundes in Wien)
- * Wir und die EG, (Wiener Wirtschaft WHK)
- * EG und die Neutralität, (Junius-Verlag, Wien)
- * Der unheimliche Anschluß, (Verlag für Gesellschaftskritik)



KINDERGRUPPE KUSCHELNEST

Neue Wege in der Kinderbetreuung

Alles einsteigen. Türen schließen. Ab geht's nach Afrika. Das Spiel beginnt. 12 Kinder lassen Matratzen zum Flugzeug werden. Der Ausgang des Spieles ist ungewiß. Ideen und Phantasie sind gefragt. Jedes Kind bringt sich ein, wird zum Kapitän oder zu einem gefährlichen Drachen. Der Möglichkeit aktiven Agierens sind keine Grenzen gesetzt. Innere Konflikte, ungelöste Probleme werden genauso ins Spiel integriert, wie das Erproben der eigenen Fähigkeiten und Stärken.

Den Rahmen für diese Entwicklung bietet die "Kindergruppe Kuschnelnest". Seit kurzem befindet sich die Kindergruppe in der Brentenmaisstraße 27. Das neue Haus wurde nach den Wünschen der Kinder gestaltet. Wo kommt die Puppenecke hin? Wo die Bücherecke? Soll die Tapete bleiben? Viele Tiere - Schafe, Hunde, Pferde, Katzen und Hühner bieten die Möglichkeit andere Lebewesen zu beobachten und von ihnen zu lernen. Vor allem die BesitzerInnen, liebevoll Oma und Opa genannt, sind eine Bereicherung und stellen zudem eine Verbindung der Generationen her.

Gegründet wurde die Kindergruppe aus dem Bedürfnis kritischer Eltern, bei der Betreuung ihrer Kinder mitreden zu wollen. Öffnungszeiten und eigenes pädagogisches Konzept sind Grundlagen einer kinder- und elterngerechten Betreuung. Die Eltern haben jederzeit die Möglichkeit dabeizusein, mitzuspielen, eigene Ideen einzubringen. Vor allem bei Neueintritt von Kindern ist die Einführungszeit mit den Eltern besonders wichtig. Den Kindern wird bei der Tagesgestaltung freie Hand gelassen. Der Betreuer Fritz (Joe) Schopf fungiert als Koordinator, läßt die Kleinen spielen und toben nach Herzenslust und greift nur ein, wenn es gefährlich wird. Besonders wichtig ist der partnerschaftliche Umgang. Die Kinder sind gleichwertig. Joes Erkenntnis, daß unsere Erde phantasiebegabte Kinder benötigt, die die Zukunft meistern können, wird hier in idealer Weise verwirklicht. Die kontinuierlichen "Konferenzen" dienen der Orientierung, sowohl für den Betreuer selbst, wie auch für die Eltern.

Bei den monatlichen Elternabenden werden allfällige Probleme besprochen und nach Lösungen gesucht. Die Eltern lernen dabei einander näher kennen und treffen sich auch außerhalb der Gruppe, womit dem Bedürfnis nach sozialen Kontakten Rechnung getragen wird. Zu den Aufgaben der Eltern zählen die Erarbeitung eines pädagogischen Konzepts - gemeinsam mit dem Betreuer - die Organisation, Beschaffung von Spielmaterial, die finanzielle Abwicklung und vor allem der Kochdienst und das Wochenendputzen der Räumlichkeiten. Mit diesen "Diensten" verstärkt sich der Kontakt zur Kindergruppe.

Die Kindergruppe Kuschnelnest zählt zu den ca. 140 Kindergruppen in Österreich. In Niederösterreich sind es derzeit ca. 20. Der hohe finanzielle Aufwand - zur Zeit S 1.840,- pro Monat, für jedes weitere Kind die Hälfte - wird von den Eltern selbst getragen. Ohne Unterstützung durch das Landesarbeitsamt, welches 2/3 der Gehaltskosten für die BetreuerInnen übernimmt, wäre das Projekt nicht möglich. Die Finanzierung durch das LAA läuft jedoch im Jahre 1994 aus - in einigen Kindergruppen leider bereits Mitte 1992 - womit die Aufrechterhaltung in Frage gestellt. Ohne finanzielle Hilfestellung seitens der Niederösterreichischen Landesregierung wird Kindergruppen die Chance auf Weiterbestehen genommen. In der JWG-Verordnung von 1991 hat das Land NÖ die Zustimmung zu einer Kinderbetreuung ausgesprochen, die Bedürfnisse von Eltern, Kindern und BetreuerInnen entspricht, ohne jedoch die finanziellen Mittel zur Untrestützung solcher Einrichtungen bereitzustellen. Es werden zwar immense Summen in den Bau neuer öffentlicher Kindergärten gesteckt, für die privaten Initiativen konnte bisher wenig Interesse geweckt werden.

Bei der Beurteilung von Kindergruppen sollte jedoch folgendes bedacht werden:

Aufgrund des üblichen Platzmangels in Kindergärten - meist können Kinder erst ab dem 4. Lebensjahr aufgenommen werden - stellen private Kindergruppen eine Unterstützung der öffentlichen Institutionen dar. Kindergruppen führen darüber hinaus zu einer Erweiterung der gängigen Kinderbetreuung. In ihrem Versuch Mängel der herkömmlichen Betreuung, wie zu große Kinderzahl in den Gruppen, eingeschränkte soziale Kontakte, fehlende Einflußnahme der Eltern in das pädagogische Konzept, unbefriedigendes Arbeitsklima und -bedingungen der BetreuerInnen, sowie selten berufsgerechte Öffnungszeiten zu beseitigen und neue Möglichkeiten im Umgang mit Kindern zu erarbeiten, werden Kindergruppen zukunftsweisende Modelle schaffen.

Information:

Verein Kindergruppe Kuschnelnest Wienerwald
3021 Preßbaum, Brentenmaisstr. 27
Tel.: 02233/29915 bei Familie Haas

„Bitte, sag den Kindern,

so geht es nicht, Erna!“



NEUES VOM MÜLLVERBAND

Wie Sie, sehr geschätzte LeserInnen, aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung entnehmen können, ist die Entscheidung über den Beitritt zum Müllverband auf den Herbst verschoben worden. Eine Entscheidung übrigens die uns alle, bzw. unsere Geldbörsen, angeht.

Kurz zur Erinnerung:

Im letzten Herbst trafen sich die Bürgermeister und einige Vertraute zu geheimen Zusammenkünften in Purkersdorf. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und der Alternativgruppen des Bezirkes, wurden dabei die Statuten eines Bezirksmüllverbandes ausgeheckt. Im Jänner war es dann soweit. Die fertigen Statuten wurden ausgesandt und sollten in den nächsten Gemeinderatssitzungen beschlossen werden. In Purkersdorf, Tullnerbach und Wolfsgraben ging das auch problemlos durch. In der Februarsitzung stand es dann auch in Gablitz auf der Tagesordnung. Wie immer war auch diesmal zwischen den Parteien abgesprochen die Sache durchzuziehen. Doch es kam anders. Nachdem die LISTE GABLITZ und GR Musil einige Punkte aus den Statuten herausgegriffen hatten, kam die Abstimmungsmaschinerie ins stocken. Vor allem die Aufgabe der Gebührenhöhe (Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben) und die Unmöglichkeit eines späteren Austrittes aus dem Verband gab der SPÖ zu denken. Die Entscheidung wurde vertagt und eine eigene Gemeinderatssitzung im März anberaumt. In Allparteiengesprächen versuchten der Bürgermeister und GGR Jursik die widerstrebenden GemeinderätInnen (auch aus der eigenen Fraktion) auf Linie zu bringen. Dies mißlang und die Gemeinderatssitzung im März brachte "nur" drei Arbeitskreise die sich mit der Thematik weiter beschäftigen sollten.

Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Statuten eines allfälligen Verbandes. Dabei wurden zahlreiche Verbesserungen gegenüber den derzeitigen Statuten erarbeitet.

Die zweite Arbeitsgruppe, die wie alle Gruppen aus VertreterInnen aller Parteien zusammengesetzt war, begab sich auf die Suche nach einem möglichen Kompostplatz in Gablitz. Falls Gablitz sich entscheiden sollte eigenständig zu bleiben, muß der Bioabfall und der Klärschlamm im Ort irgendwo untergebracht werden. Eine Verarbeitung dieser Müllfraktionen stellt aber gewisse Ansprüche an den Platz. Die Arbeitsgruppe fand auch einige die sehr geeignet erscheinen.

Die dritte Gruppe war die "TechnikerInnengruppe". Sie beschäftigte sich mit den technischen Lösungen einer Bioabfallsammlung und -verwertung. Drei Modelle wurden erarbeitet. Von GGR Jursik (ÖVP) die "technischste" aber auch teuerste Lösung eines "Kompostainers" von der Fa. MUT (Arbeitgeber von Ing. Jusik).

GR Hlavaty (SPÖ) engagierte sich für die kostengünstigere Boxenlösung der Fa. Göschl. Und Dipl. Ing. Lamers (LiGa) präsentierte die offene Kompostmiete, die sich bereits in vielen Gemeinden Österreichs bewährt hat, als Variante. Diese Lösung scheint infolge der geringen Investitionskosten und der eventuellen Alternativen für den Klärschlamm als wahrscheinlichste Lösung bei Eigenständigkeit der Gemeinde Gablitz.

Soweit ist der Stand der Dinge derzeit. Eine Entscheidung ist zwar noch nicht gefallen, aber ein Verbandsbeitritt scheint schon in weite Ferne gerückt zu sein. Und das ist auch gut so! Wir produzieren den Müll, daher sollten auch wir versuchen ihn zu vermeiden, zu vermindern, zu sortieren und zu verwerten. Wir sind dafür verantwortlich und wir zahlen auch für unseren Abfall. Eine Auslagerung der Kompetenzen wäre eine Anonymisierung des Problems. Eine Verteuerung wäre eine Verbandslösung noch allemal.

Gottfried



Gewalt im Wald



BÜCHERTIPS

Lester Brown, Worldwatch Institute: "Zur Lage der Welt 1992" und "Zur Rettung des Planeten Erde", Verlag Fischer

Für alle die mehr wissen wollen, als das, was bei der Umweltkonferenz in Rio an Problemen unter den Teppich der reichen Prasserländer gekehrt wurde. Das Worldwatch Institute zeigt schonungslos mittels Daten und Analysen die Lage der globalen Umweltprobleme, wie Klima, Abnahme der biologischen Vielfalt, radioaktive Abfälle, Verbesserung der Gesundheit der Frauen, Stadtplanung, usw. Der 2. Band bietet Lösungsansätze, Strategien und Instrumentarien für eine ökologische nachhaltige Weltwirtschaft. Der Kampf um und für eine neue, bessere und gerechtere Welt beginnt spätestens jetzt. Diese beiden Bücher sind gut zu lesen an schönen sonnigen Sommertagen, wo vielleicht Ozon (bodennah und bodenfern als Loch) Aktivitäten an der frischen Luft nicht mehr erlauben.

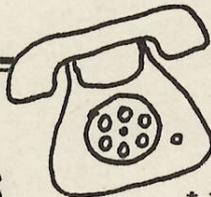
Susanne Feigl: "Frauenratgeberin", Bundesministerin für Frauenangelegenheiten

Eine nützliche Ratgeberin für Frauen, aufgrund ihres Erfolges bereits in der 3. aktualisierten Auflage. Das praxisorientierte Nachschlagewerk gibt auf über 420 Seiten von A - Z Antworten auf rechtliche, berufliche, soziale, familiäre, bildungsmäßige und gesundheitliche Fragen (ausgenommen Scheidungsprobleme, da gibt es eine eigene Broschüre). Und außerdem gibt die Frauenratgeberin grundlegende Informationen über die Situationen von Frauen, Frauengruppen und -initiativen in Österreich. Dieses nützliche Buch gibt es gratis bei der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten, Ballhausplatz 1, 1014 Wien, Tel. 0222/53115/-2875. Und wenn Sie Ihrer Tochter, Mutter, Freundin, Schwester, Kollegin, Tante, Oma, Cousine, Nichte, Schwägerin, Nachbarin, Schwiegertochter, Enkelin eine Freude machen wollen, bestellen Sie ihr gleich eine Ratgeberin mit!!

Rosarot

Ich setze mir die rosarote Brille auf
Umgeben aus einer Traumwolke aus Watte
Kein Gedanken an
Tränen, Krieg, Unglück
Ich denke,
die Welt von heute ist in Ordnung
Ich schließe meine Augen
und
lache über das ganze Gesicht
Ein plötzlicher Stoß von hinten
Meine Brille fällt hinunter
Die Welt von morgen
ist so hart,
daß ich sie nicht sehen möchte
Realität oder Phantasie
wo ist meine rosarote Brille?

KALIBU



SERVICE SEITE

* Frauen:

- Notruf für vergewaltigte Frauen: 0222/932222
- Frauenhaus Wien: 0222/315656
- Frauenhaus St. Pölten: 0274/2014
- FRIP - Fraueninitiative Purkersdorf: Kontakt: Sabine Stemberger: 3154,
- Ambulatorium für Schwangerenberatung: 0222/5129631
- Frauenministerium: 0222/53115

* Kinder:

- Kindertelefon: 0222/316666

* Konsumentenschutz:

- AK Konsumentenschutzabteilung: 0222/58883
- Verein für Konsumenteninformation: 0222/5878686

* Menschenrechte:

- Amnesty International: 0222/5054320

* Soziales:

- Sozialstation Purkersdorf: Wienerstraße 12
Telefon: 5810
- Rotes Kreuz: 2144, Notruf 144
- Arbeitersamariterbund: 2244
- Kummernummer (Sozialministerium): 0222/5873587

* Sucht:

- Anonyme Alkoholiker: 0222/438164

* Tiere:

- Bund der Tierversuchsgegner: 0222/7130824

* Umwelt:

- Abfall- und Komposttelefon der NÖ-Landesregierung: 0222/53110/3214
- Gamma-Meßstelle des Ökologie Instituts: 0222/482289
- NÖ-Umweltschutzanstalt: 02236/84541
- Ozon-Telefon: 0222/53110/4444
- Greenpeace: 0222/7130031

* Gemeinderatssitzungen:

- 17. September 1992
- 3. Dezember 1992



Inhaber
Franz Reitmeier
BIOLADEN

3002 Purkersdorf, Wiener Str. 6, Tel. 02231/2298
WIR FÜHREN KONTROLLIERT BIOLOGISCHE QUALITÄTSPRODUKTE
● GEMÜSEKIST'L - frei Haus Lieferung